

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 63 (1969)
Heft: 12

Artikel: Jahresrückblick 1969 : die Afro-Amerikaner ; Die Tschechoslowakei ; Sowjetunion und China ; Mao Tse-tung ; Die dritte Welt ; Indochina ; Die arabische Welt und Israel ; Westafrika ; Das übrige Afrika ; Lateinamerika ; Oasen der politischen Stabilität

Autor: Geiss, Imanuel
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-141646>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 13.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Jahresrückblick 1969

Ein Rückblick auf 1969 kann kaum weniger düster ausfallen als 1968, denn die Tendenzen zur Selbstzerstörung der Menschheit im grossen wie im kleinen setzten sich fast überall unbarmherzig fort. Sogar der technische Fortschritt verstärkt, am spektakulärsten mit dem zweifachen Mondflug der Amerikaner, die tödliche Polarisierung zwischen arm und reich auf der Erde. Für jeden, der Ende Juli 1969 nicht mondsüchtig war – fast möchte man die 700 Millionen Chinesen darum beneiden, dass sie nichts von diesem wahnwitzigen (im Englischen «lunatic») Ereignis erfuhren –, kam die triumphale Landung von Menschen auf dem Mond einer depprimierenden Katastrophe für die Menschlichkeit gleich. Man braucht nicht hoffnungslos konservativ und altmodisch zu sein, wenn man sich als Mondmuffel weigerte, in den Jubel über das Jahrtausendereignis einzustimmen. Dazu bedurfte es auch nicht erst des ebenso grössenwahnsinnigen wie selbstenthüllenden Worts von Wernher von Braun, nach der Führung im Weltall gebühre den USA nunmehr auch die Führung auf dem Erdball. Schon blasphemisch war seine Behauptung, jetzt sei die Unsterblichkeit des Menschen gesichert, weil er in der Lage sei, sollte die Erde unbewohnbar werden, auf einen anderen Stern umzusteigen. Vielleicht ähnlich wie 1945, als Deutschland, dem Braun als Raketenerfinder im SS-Ehrenrang eifrigst und für ihn lukrativ gedient hatte, weitgehend unbewohnbar geworden war, so dass er sich in die USA absetzte – zur kommenden Weltmacht? Und sollte es einigen Auserwählten gelingen, die Weltraumschiffe zum endgültigen Verlassen der unbewohnbar gewordenen Erde zu besteigen und eine neue Heimstatt irgendwo im Weltall zu finden – was wird aus den Zurückgebliebenen, die eine Raketenpolitik à la Braun ruiniert hat? Sie könnten den ins Weltall Entfliehenden nur noch einen grässlichen Fluch nachschleudern...

Aber selbst wenn Brauns blasphemische Zuversicht nie auf die kosmische Probe gestellt würde – welch einen Preis zahlt die Menschheit schon jetzt, nur um die pubertären Tagträume einiger gemeingefährlich einseitig-technisch begabter Fachidioten zu erfüllen: 100 Milliarden Mark pro Mondschuss, dazu noch die entsprechenden Summen bei den Sowjets. Was hätte sich mit diesem Geld-, Energie- und Menschenaufwand alles auf Erden an viel drängenderen Problemen anpacken lassen. Angeblich kann man, nachdem man ein Problem wie die Landung auf dem Mond, wozu 400 000 Mitarbeiter erforderlich waren, gemeistert hat, nun auch andere Probleme lösen. Vielleicht, aber *will* man auch? Oder: Die Kosten für die Raumfahrt sollen sich in wenigen Jahren durch industrielle Verwertung wieder amortisieren. Schön, aber auch dann kämen die Gewinne überwiegend den schon industrialisierten Ländern zugute, vergrösserten also nur noch die Distanz zu den unterentwickelten, agrarischen, armen, hungernden Völkern. Das ist die eigentliche Katastrophe, die die erfolgreiche Landung von Menschen auf dem Mond bedeutet.

Für die USA wirkte der Erfolg von Apollo 11 im Juli noch für kurze

Zeit wie ein nationales Narkotikum, an dem sich zumindest die weisse Mehrheit berauschte, wie herrlich weit sie es als Amerikaner doch gebracht hätten. Halb Amerika war «high» von LSD («Lunatic Self-Deceiving»). Aber schon beim zweiten Mondschiess im November war die Wirkung der kosmischen Droge verpufft: Apollo 12 verliess ein von Protestdemonstrationen gegen den Vietnamkrieg geschütteltes Amerika und kehrte in ein Amerika zurück, das durch die Nachrichten über amerikanische Kriegsverbrechen in Vietnam vollends durcheinander gebracht ist. Jetzt endlich stürzten Millionen von Amerikanern ihre Illusionen bigotter Selbstgerechtigkeit jäh zusammen, mit denen sie sich und ihr Land fast als Exekutive des göttlichen Willens betrachteten. Die USA haben über Vietnam endgültig ihr Gesicht als weiser, gütiger Weihnachtsmann der Weltpolitik verloren, der die Guten belohnt und die Bösen bestraft. Die moralische Doppelkrise der USA, die sich seit Jahren in den «heissen Sommern» und im Vietnamkrieg ankündigte und vorbereitete, hat Ende 1969 ihren vorläufigen Höhepunkt erreicht. Die Gegenwehr des anständigen, besseren Amerika, das sich von der verbrecherischen Politik seiner Regierung verzweifelt distanzieren möchte, und die Reaktion der Regierung darauf, vor allem die scharfmacherischen Reden des Vizepräsidenten Spiro Agnew als Sprecher der «schweigenden», d. h. dickfelligen, bornierten, reaktionären und brutalisierten Mehrheit der Amerikaner, eskalieren die USA gemeinsam in den nächsten Bürgerkrieg.

Die Afro-Amerikaner Dann werden sich auch die Afro-Amerikaner wieder regen, die im Sommer 1969 weitgehend stillhielten, vermutlich weil sie gegenüber dem bis an die Zähne bewaffneten amtlichen und privaten weissen Amerika keine Chance sahen und sich der eigenen inneren Reorganisation zuwandten. Vielleicht wollten sie auch den Machtkampf innerhalb der herrschenden weissen Mehrheit um die zukünftige Politik der USA abwarten. Immerhin arbeiten die Militantesten unter den Afro-Amerikanern und Weissen enger zusammen denn je zuvor. Sollten die immer massiveren «Moratorium»-Demonstrationen gegen den Vietnamkrieg gar den auslösenden Funken zum zweiten amerikanischen Bürgerkrieg abgeben, so wäre der Traum von der amerikanischen Weltherrschaft – mit dem Griff nach Vietnam und den Sternen scheinbar schon zum Greifen nahe – in ein Nichts zerronnen, würde in einem wüsten Alptraum enden.

Selten ereilte die Nemesis der Macht so schnell eine Weltmacht auf dem Gipfel ihrer Macht. Als Parallelen bieten sich Frankreich unter Napoleon I. und Deutschland unter Hitler an...

So wird die Vormacht der westlichen «freien» Welt auf geraume Zeit mit sich selbst beschäftigt sein und kaum die moralische und politische Kraft aufbringen, noch lange die Rolle des Weltpolizisten für den Status quo zu spielen. Die andere Supermacht, die Sowjetunion, sieht sich zunehmend ebenfalls mit eigenen Problemen konfrontiert, die es ihr vermutlich nicht gestatten, den sich eröffnenden Handlungsspielraum voll

auszunutzen: Die inneren Widersprüche zwischen der humanistisch-sozialistischen Theorie und der bürokratisch-brutalen Praxis eines weitgehend auf Anpassung an den Kapitalismus bedachten Machtapparates in einer postrevolutionären Ära für die meisten kommunistischen Länder zehren am Kredit der Sowjetunion und des europäisch-industrialisierten Kommunismus. Zwischen den beiden Polen Prag und Peking bewegen sich die Konflikte eines auf die Dauer zermürbenden Zweifrontenkriegs.

Die Tschechoslowakei Zweifellos war Dubceks Reformkommunismus eine rechte Abweichung von der Moskauer Generallinie. Aber sie repräsentierte ein politisches Problem, das die Sowjets nur mit politischen Methoden hätten bereinigen dürfen, wenn sie die Toleranzgrenze überschritten glaubten. Nach der «Nacht-und-Nebel»-Aktion vom 21. August 1968 vollendete sich 1969 unerbittlich der als «Normalisierung» getarnte Prozess der Gleichschaltung in der CSSR unter Gewalt und Gewaltandrohung. Endgültig dahin ist zunächst die Hoffnung, den inneren Spielraum für die Freiheit im kommunistischen System schrittweise zu erweitern. Parallel dazu lief die Kampagne in der Sowjetunion zur Aufhebung der bescheidenen Gewinne aus der Tauwetter-Ära nach Stalins Tod gegen Intellektuelle und Schriftsteller. In ihrer neo-stalinistischen Phase mag die UdSSR militärisch und ökonomisch stärker sein als je zuvor – ihr moralischer und politischer Kredit ist 1969 weiter gesunken, gerade bei westlichen Intellektuellen.

Sowjetunion und China Dazu trug auch die sowjetische Haltung gegenüber China bei. Mit den schweren Kämpfen um Inseln und Grenzfetzen an der chinesisch-sowjetischen Grenze im März 1969 trieben die Sowjets ihre Politik der «friedlichen Koexistenz» mit dem *Westen* gegenüber China auf die absurde Spitze. Wer, wie im Deutschen Fernsehen, je einen sowjetischen und chinesischen Propagandafilm zu diesem Thema nebeneinander sehen konnte, musste feststellen, dass, abgesehen von den aus Verbitterung diktierten hyperbolischen Vokabeln der Chinesen, im sachlichen Teil Peking historisch präziser (und richtiger) argumentierte als Moskau. Betroffen machte die Arroganz, mit der sowjetische Offiziere auftraten und ihre Kampferlebnisse schilderten, in einem Stil und Jargon, den wir in Deutschland noch von der grossdeutschen Wehrmacht her kennen oder jetzt von den Amerikanern in Vietnam, während sich die Chinesen sehr viel glaubwürdiger als eine Armee des Volkes für das Volk darstellten. Dabei müsste der Vietnamkrieg den Sowjets beweisen, wie wenig ehrlich die USA die «friedliche Koexistenz» meinen. Für die USA bedeutet sie offenbar nur Hinnahme eines starken kommunistischen Systems, dem sie nicht mehr risikolos den Hals umdrehen können. Dagegen möchten sie das Entstehen neuer sozialistischer Systeme verhindern, wobei sie, wie in Vietnam und Lateinamerika, vor keinem Verbrechen zurückscheuen. So verstärkt sich der Eindruck, dass die Sowjets aus reinem Egoismus ein Arrangement mit ihrem kapitalisti-

schen «Tarifpartner» suchen, das China und die sich in revolutionärer Gärung befindliche Dritte Welt ausschliesst.

Die weltpolitische Isolierung der 700 Millionen Chinesen verschärft nur die ohnehin schon enormen Schwierigkeiten für jede Regierung in Peking. Die natürliche Folge sind Mangel an Kontakten, Weltfremdheit und eine Portion Fremdenhass, vor allem gegenüber Weissen. Dass die USA auch Ende 1969 Pekings Aufnahme in die UNO mit dem Argument hintertrieben, Peking hätte sich seit 20 Jahren freiwillig selbst isoliert und müsse daher durch Nichtaufnahme gleichsam bestraft werden, gehört zu den grossen Zynismen des amerikanisch-russischen Doppelspiels; denn die sowjetischen UN-Vertreter sassen schweigend da und wiesen nicht darauf hin, dass ja die USA durch Nichtanerkennung der Volksrepublik, Embargo und Sanktionen gegen andere Länder, die sich nicht daran hielten, durch permanente Provokationen in Korea und Vietnam und über dem chinesischen Luftraum, durch die Verweigerung der Einreiseerlaubnis nach China für US-Staatsbürger usw. seit 20 Jahren die Volksrepublik eisern in der internationalen Gummizelle halten. Kein Wunder, dass auch Chinesen unter dem Druck ihrer enormen ökonomischen und sozialen Probleme, seit 1960 praktisch ohne Hilfe von aussen, gelegentlich durchdrehen.

Als ein solches Durchdrehen hat man im anti-chinesischen Ausland gern die Kulturrevolution gesehen, die 1969 abgeschlossen wurde.

Mao Tse-tung In der Tat müssen die amtlich gelenkte Massenhysterie und der Personenkult um Mao Tse-tung, zweifellos einer der bedeutendsten Männer unseres Jahrhunderts, besonders westlichen Intellektuellen auf die Nerven gehen. Hier liegt eine grosse Schwäche des gegenwärtigen Regimes, das glaubt, solche Mätzchen nötig zu haben. Andererseits lässt sich die chinesische Kulturrevolution als ein verzweifelter Versuch des alternden Mao sehen, die permanente Revolution in Gang zu halten, zu verhindern, dass sich neue Führungsschichten und Klassen etablieren, um den Zirkulationsprozess der revolutionären Eliten stets in Gang zu halten. Ob ihm das in seinem Alter, mit dem hohen Durchschnittsalter seiner eigenen Führungsequipe und seinen Methoden gelingt, ist zweifelhaft, zumal er damit gegen eine der natürlichsten Tendenzen in der bisherigen Menschheitsgeschichte angeht. Dem Nichtfachmann mit nur geringen Kontaktmöglichkeiten mit Chinesen ergibt sich jedoch aus verschiedenen Erfahrungen und Gesprächen die Vermutung, dass sich zugleich mit der Etablierung einer neuen herrschenden Klasse in China auch sowjetkommunistische Praktiken und Methoden aus der stalinistischen und neo-stalinistischen Ära auszubreiten schienen, so dass sich die chinesische Kulturrevolution als kombinierte Aktion von oben und unten unter anderem auch gegen den Bürokratismus sturer Funktionäre, die Praktiken der Geheimpolizei usw. gerichtet hätte. Als Aussenstehender wird man jedenfalls ohne nähere Information (und man kann nicht *alles* lesen) gut tun, sich gegenüber dem fremdartigen und in vielen Aspekten tatsächlich schwer zu verstehenden Phänomen des modernen China in seinem Urteil

zurückzuhalten. Mit der Rückkehr zur Normalisierung in China scheinen sich auch manche sensationelle Zeitungsmeldungen über schwere blutige Kämpfe in China selbst als falsch oder übertrieben zu erweisen. Jedenfalls ist wieder mit China als einer der kommenden Weltmächte zu rechnen, auch wenn es auf absehbare Zeit noch durch die schweren Differenzen mit der Sowjetunion zumindest teilweise absorbiert sein wird. Aber das chinesische Beispiel dürfte auf die übrigen Entwicklungsländer zurückstrahlen.

Die Dritte Welt Die «Dritte Welt» wird immer mehr zum Schlachtfeld eines mörderischen Dreieckskampfes zwischen den von den westlichen Mächten offen, der Sowjetunion und ihren europäischen Verbündeten diskret unterstützten autochthonen Bourgeoisien einerseits, dem sowjetisch geprägten Kommunismus in der Mitte und dem chinesischen Kommunismus andererseits.

Die Komplikationen dieses Ringens haben sich bereits im drittgrössten Land der Erde, zugleich im grössten nichtkommunistischen Land gezeigt – in Indien. Dort war die grosse Integrationsformel seit der Zeit des Unabhängigkeitskampfes durch die Kongresspartei repräsentiert, die mit ihrem «indischen Sozialismus» faktisch nur einen dünnen pseudo-sozialistischen Schleier für ein sonst unverhüllt kapitalistisches System abgab. In dem noch überwiegend agrarischen Land mit feudalen und superfeudalen Verhältnissen einerseits, der stets wachsenden Masse hungernder landloser Bauern andererseits liess sich unter dem sozialen Druck von unten die sozialdemagogische Integrationsformel nicht mehr lange nach Nehrus Tod halten. Ende 1969 zerbrach die Kongresspartei, als Nehrus Tochter Indira Gandhi sich daran machte, wenigstens verbal den sozialistischen Teil des Kongressprogramms ernst zu nehmen, um ihre Massenbasis nicht völlig an die beiden kommunistischen Parteien zu verlieren. Erst mit der Präsidentenwahl, dann in Regierung und Parlament, zuletzt auch im Parteiapparat setzte sich Indira Gandhi durch, aber nicht ohne Absplitterungen, die sie im Zentralparlament nunmehr mit dem Kongress in die Minderheit versetzte, so dass sie auf Unterstützung u. a. von den an Moskau orientierten, also Rechtskommunisten, angewiesen ist. Inzwischen scheint der innere Verfall Indiens in sich bekämpfende Sprachen- und Religionsgruppen weiterzugehen. Andererseits zeichnet sich die Möglichkeit ab, dass in Indien der Kommunismus vielleicht nach den nächsten Wahlen auf parlamentarischem Wege in die Regierung kommt, unter Umständen über eine Koalition.

Indiens ungeliebter Nachbar Pakistan machte 1969 noch schwerere Erschütterungen durch. In wochenlangen Strassenkämpfen, die schon fast revolutionsähnlichen Charakter annahmen, wurde Staatspräsident Ayub Khan gestürzt, im wesentlichen weil er sich unfähig erwiesen hatte, die Korruption im engsten persönlichen Kreis niederzuhalten und die schweren Probleme des hoffnungslos übervölkerten Ostteils Pakistans zu lösen, von wo die Unruhen ihren Ausgang nahmen. Ähnlich wie in Indien scheint hier nur eine tiefgreifende Revolution einen konstruktiven Ausweg

zu bieten. Das historische Beispiel liegt auch für Pakistan gleich nebenan – China.

Indochina Im früheren Indochina hat sich eine komplizierte Situation ergeben. Seit Ende 1968 sind zwar die amerikanischen Bombenangriffe auf Nordvietnam eingestellt, aber dafür die Bombenangriffe auf die von der FNL befreiten Gebiete intensiviert, ebenso in Laos. Während Südvietnam also von den Amerikanern gnadenlos allmählich zu einem einzigen Morast von Blut, Tränen, Knochen, Trümmern und Waldstümpfen zerbombt, zerschossen, zernapalmt, von Panzern und Bulldozern zerstampft wird, nimmt Kambodscha, das in seinen Grenzgebieten ebenfalls in Mitleidenschaft gezogen wird, eine prekäre Stellung zwischen allen Kriegführenden, China und den eigenen nach Reform drängenden Kräften (Kommunisten) ein. Gleichzeitig beginnt auch im benachbarten Thailand 1969 der bewaffnete Aufstand gegen das herrschende, von den USA gestützte Regime Ausmasse anzunehmen, die an die Frühphasen in Vietnam erinnern. Um den Ausblick auf Südostasien abzuschliessen: In Indonesien geht der Terrorfeldzug gegen wirkliche oder angebliche Kommunisten seit dem angeblichen Putschversuch der KPI im Herbst 1965 weiter, wenn auch notgedrungen in vermindertem Umfang, da die meisten Kommunisten schon vorher abgeschlachtet waren. Jetzt können ihre Familienangehörigen elend im Dschungel verenden. Auf den Philippinen lieferten sich im November 1969 zwei Millionäre mit bewaffneten Schlägerbanden einen «Wahlkampf» nach Gangstermanier, wobei der regierende Präsident natürlich siegte. Eine Werbung für die parlamentarische Demokratie kam dabei nicht heraus. In Malaysia brachen nach starken Stimmengewinnen der meist von der chinesischen Minderheit gestützten Oppositionspartei wochenlange schwere Unruhen aus, die schon fast den Charakter von anti-chinesischen Pogromen annahmen.

Die arabische Welt und Israel Von schweren inneren Konflikten war 1969 auch die arabische Welt geschüttelt. Nur am Rande spielten sich die Spannungen um die Schifffahrtsrechte auf dem Schatt-el-Arab zwischen dem Iran und dem Irak ab, die bis zum militärischen Aufmarsch gegeneinander hochgeschaukelt wurden. Schwerer wogen die Auseinandersetzungen, die indirekt durch Israels Präsenz ausgelöst werden. Der Nahostkonflikt zwischen den Arabern und Israel näherte sich 1969 immer gefährlicher dem vierten arabisch-israelischen Krieg, weil beide Seiten Positionen beziehen, die sich gegenseitig ausschliessen und jeweils für sich den Frieden blockieren. Weder auf der einen noch der anderen Seite sind bei den Regierenden Anzeichen zur friedensstiftenden Kompromissbereitschaft zu entdecken, wobei es in Israel wenigstens eine kleine Opposition gibt, die Ansätze zu einem konstruktiven Ausweg anzubieten hat. Aber sie ist in sich hoffnungslos zerspalten und hat somit keine Chance, von sich aus einen entscheidenden Einfluss auf die Regierung des Landes zu gewinnen, wo die zionistischen Chauvini-

sten direkt oder indirekt immer noch den Kurs bestimmen. Die Parlamentswahlen vom Oktober brachten keine wesentliche Veränderung: Zwar verlor die «Vereinigte Arbeiterpartei» die absolute Mehrheit und die konservativen «Liberalen» und «Religiösen» gewannen einige Mandate. Dafür erhielten die schon fast offen zionistisch-faschistischen Gruppen eine eindeutige Abfuhr, während die arabischen Kommunisten («Rakach») – trotz schärfster Pression auf die arabische Bevölkerung Israels – und die links-liberale Intellektuellenpartei Uri Avnerys jeweils ein Mandat hinzugewannen.

Inzwischen scheinen die palästinensischen Widerstandsorganisationen wie Al Fatah geradezu einen Wettkampf mit den Ägyptern um die Intensivierung des militärischen Kampfes gegen Israel eröffnet zu haben. Während seit März 1969 am Suezkanal der Waffenstillstand nur noch deklamatorischen Charakter hat, hat sich die Kampftätigkeit auch an der Jordanfront wieder verstärkt. Vor allem ist die Sabotagetätigkeit der palästinensischen Widerstandsgruppen, von den Israelis Terror genannt, in den besetzten Gebieten, neuerdings auch im eigentlichen Israel, immer heftiger geworden. In der Eskalation von Gewalt und Gegengewalt sind 1969 offenbar die schönsten Ansätze zu einer konstruktiven Kooperation, die die Israelis *auch* aufzuweisen haben, wieder untergegangen. Die Israelis scheinen hoffnungslos im Widerspruch zwischen ihren noch so guten technischen Vorsätzen und der harten Realität ihres Besatzungsregimes langsam aber sicher zermürbt zu werden, ohne dass die Araber eine glaubwürdige konstruktive Alternative zu dem dann drohenden Genozid an den Israelis aufweisen könnten, wenn einmal Amerikas schützende Hand für Israel durch inneramerikanische Verwicklungen gelähmt sein wird.

Der abgründige Hass auf Israel begünstigt gegenwärtig die radikaleren unter den arabischen Kräften, die eine rasche Modernisierung oder gar Revolutionierung ihrer Gesellschaft anstreben, um den Kampf gegen Israel um so besser führen zu können. Das jüngste Beispiel ist der Putsch der jungen Offiziere in Libyen im Herbst 1969, womit das Übergewicht innerhalb der arabischen Staatengruppe nunmehr bei den «revolutionären» Staaten liegt. Aus den gleichen Gründen vollzog sich 1969 der Aufstieg von Al Fatah zur faktischen Herrin in Jordanien und, nach heftigen inner-arabischen Kämpfen gegen Jahresende, weitgehend auch im halb christlich, halb islamischen Libanon, der jahrelang versucht hatte, sich als die arabische Schweiz aus der Schusslinie herauszuhalten.

Die Araber finden immer stärkere Unterstützung der Sowjets. Sie stören sich keineswegs am meist nur pseudo-sozialistischen, in Wirklichkeit sozialdemagogischen und bonapartistischen Charakter der arabischen «revolutionären» Regime, von den offen reaktionär-feudalen der übriggebliebenen Monarchien ganz abgesehen. Die UdSSR praktiziert also einen zynischen Opportunismus mit ihrer klassischen Machtpolitik im Nahen Osten und im Mittelmeer, während sich Israel im wesentlichen nur noch auf das durch Vietnam rettungslos diskreditierte Amerika stützen kann. Im Nahen Osten

scheinen die Sowjets die für sie günstige Situation hemmungslos auszunützen, ohne Rücksicht auf das Schicksal von Israel.

Einen ähnlichen Opportunismus praktiziert die Sowjetunion weiterhin in einem anderen, nun schon chronischen Konfliktgebiet – in Westafrika.

Westafrika Auch 1969 hielt die merkwürdige Allianz des «sozialistischen» England und der «kommunistischen» Sowjetunion zusammen, um dem technisch am weitesten fortgeschrittenen und potentiell fortschrittlichsten Volk Afrikas endgültig den Garaus zu machen – den Ibos und ihren in Biafra verbündeten Stämmen. Das Gemetzel und Hungern in Biafra ging 1969 weiter. In der ersten Jahreshälfte schien sich dank zahlreicher Hilfsaktionen die Versorgungssituation Biafras zu bessern und zu stabilisieren. Dann aber zwang die Verschärfung der nigerianischen Luftkriegführung und der Kontrollen zum Abbruch der Tagesflüge durch das Internationale Rote Kreuz, so dass nur noch kirchliche Hilfsorganisationen (und die ausländischen Waffenlieferanten für Biafra) nachts weiterfliegen, ohne auch nur ein knappes Minimum an Lebensmitteln und Medikamenten herbeischaffen zu können. Militärischen Fortschritten der Nigerianer mit der Eroberung der letzten grösseren Stadt Biafras, Umuahia, stand kurz darauf die Rückeroberung von Owerri durch die Biafraner gegenüber. Mit Ende der Regenzeit im November dürfte nun auch wieder mit grösseren Offensiven der Nigerianer zu rechnen sein.

In Nigera selbst häufen sich die Symptome dafür, dass die unerwartete Dauer des Krieges und die harte Hand des Militärregimes demoralisierend wirken. Die faktische Diktatur des konservativ-reaktionären Nordens, verstärkt durch ehrgeizige Politiker und Militärs aus dem sogenannten «Middle Belt» und der Westregion, die bisher zu kurz gekommen waren, ergeben zusammen eine Kombination, für die man eher die Unterstützung von Portugal und Südafrika erwartet hätte, nicht aber von so «fortschrittlichen» Mächten wie England und der Sowjetunion. Wenigstens in England beginnt sich jetzt allmählich der Widerstand gegen den moralischen Ausverkauf in Nigeria durch den ideologiefreien Machttechniker Harold Wilson zu regen. Vorläufig aber geht der schmutzigste Krieg Afrikas weiter, weil beide Seiten darauf spekulieren, dass die andere Seite zuerst aufgibt.

Interne Spannungen, die zum Konflikt zwischen Nigeria und Biafra geführt haben, scheinen sich nun auch in anderen afrikanischen Nationalstaaten zu reproduzieren. Erst 1969 wurden parallele Vorgänge im Sudan, in Tschad und in Niger der breiteren Öffentlichkeit bekannt: Im Sudan unterdrücken, ähnlich wie in Nigeria, die islamisierten (im Falle Sudans auch weitgehend arabisierten) Nordvölker die Südstämme, die negroid sind und sich seit etwa zwei Jahrzehnten intensiv dem Christentum und der Modernisierung zugewandt haben. Im südlichen Sudan läuft ein an Biafra gemahnender, fast lautloser Vernichtungs- und Ausrottungskrieg, mit dem Unterschied, dass die Südstämme längst noch nicht so weit in der Modernisierung waren wie die Biafraner.

Der ebenfalls schmutzige Krieg im Sudan ist nur Teilausschnitt aus

einem Konflikt, der den gesamten Gürtel afrikanischer Staaten durchzieht, die gleichzeitig in der Savanne und in der Sahara liegen. Auch hier stehen islamisierte Stämme, meist Berber, gegen animistisch-christliche schwarze Stämme. Im Unterschied zum Sudan übernahmen hier jedoch die Schwarzen als die Fortgeschritteneren bei der Staatenbildung die Führung, so dass sich jetzt die Wüstensöhne (ob zu Recht oder zu Unrecht kann der Aussenstehende ohne nähere Information kaum entscheiden) benachteiligt fühlen. Von Mali bis zum Sudan zieht sich ein riesiger Spannungsgürtel quer durch Afrika hindurch, in dem sich die Spannungen bereits mehr oder weniger heftig entladen haben.

Das übrige Afrika Das übrige Afrika hat zudem seine eigenen inneren Schwierigkeiten. Der Senegal scheint sich nach Studentenunruhen des vorigen Jahrs zumindest äusserlich beruhigt zu haben, obwohl die Problematik weiter besteht, dass sich Leopold Senghor mit einem sozialistisch-demokratischen Anspruch tatsächlich auf die konservativen islamischen Kräfte stützt, die im Senegal nach wie vor immer die Mehrheit ausmachen. In Ghana glückte der Übergang vom Militärregime zum wiedereingeführten Parlamentarismus anscheinend glatt, wenn auch kurz zuvor General Ankrah, der bisherige provisorische Staatschef nach dem Sturz Nkrumahs, seinerseits über eine Korruptionsaffäre stolperte. In Zentralafrika haben sich die Spannungen gegen Jahresende zwischen dem kleinen, aber «sozialrevolutionär» regierten Kongo-Brazzaville und dem früheren Kongo-Leopoldville unter dem Militärdiktator Mobutu bis zur Drohung mit militärischen Massnahmen gegen Brazzaville gesteigert. In Kenya ist die integrierende Kraft Kenyattas am Verlöschen. Die Rivalität zwischen den beiden grössten und bisher staatstragenden Völkern, den Kikuyus und Luos, scheint nunmehr den Staat zu sprengen, wie die Entwicklung nach der Ermordung des Luo (aber mit Kenyatta verbündeten) Tom M'Boya durch einen Kikuyu zeigt. Im November wurde auch noch die sich weitgehend auf die Luos stützende Oppositionspartei unter Oginga Odinga ihrer führenden Persönlichkeit durch Verhaftung beraubt. In Äthiopien machte die Freiheitsbewegung in Eritrea gegen die Zentralregierung unter Haile Selassie und überhaupt der innere Zerfall der autoritär-feudal-reaktionären Herrschaftsstruktur des alten Äthiopien weiter Fortschritte. Tansania scheint unter der Führung des soliden und bescheidenen Nyerere eine Oase der Stabilität zu sein. Nyerere verfolgt konsequent sein Programm eines egalitären Sozialismus auf der Basis der gemeinsamen Armut mit dem Ziel, das Hochkommen einer privilegierten Führungsschicht zu verhindern.

Ein Kapitel für sich bildet das südliche Afrika, mit der Südafrikanischen Republik als Rückgrat. Dort, in Rhodesien und in den portugiesischen Kolonien Angola und Mozambique machte die revolutionäre Freiheitsbewegung der afrikanischen Völker im Untergrund offenbar mehr oder weniger grosse Fortschritte. Die inneren Schwierigkeiten Südafrikas aus der konsequent durchgeführten Apartheid-Politik mit den nun langsam anlauenden, quasi autonomen Banturegionen brachen zum Jahresende in der

Absplitterung des extremen rechten Flügels der regierenden Nationalpartei unter Hertzog, dem Sohn des früheren südafrikanischen Premierministers, aus, andererseits aber auch in einer wachsenden oppositionellen Stimmung innerhalb eines liberalen Flügels der protestantischen Kirchen und der intellektuellen Jugend, die den selbstmörderischen Charakter der Apartheid allmählich erkennt.

Die entsprechenden Schwierigkeiten wirken auch auf Portugal zurück. Dort lebt Salazar zwar nach seinem schweren Schlaganfall noch wider Erwarten und «regiert» sogar – ein makabres Schauspiel – in seiner Phantasie noch weiter, weil ihm bisher niemand zu sagen wagte, dass er schon längst einen (etwas liberaleren) Nachfolger gefunden hat. Dieser kafkaeske Vorgang hat innere Symbolkraft für ganz Portugal, da sich bei der herrschenden Klasse überhaupt noch nicht herumgesprochen hat, dass die Zeit imperialen Glanzes in Übersee vorbei ist. Zu den Wahlen im Herbst 1969 durften zwar erstmals oppositionelle Gruppen Wahlvereine bilden. Zwei Gruppen, eine mehr sozialdemokratisch-gemässigt, die andere mehr links-katholisch-marxistisch, nutzten ihre Chance zur kritischen und aufklärenden Agitation, wenn sie auch keinen einzigen Abgeordneten in das portugiesische Schein-Parlament durchbrachten. Immerhin beginnt nun selbst in Portugal der Wandel einzusetzen. Ähnliche Schwierigkeiten in einem Übergangsregime haben sich schon längst im benachbarten grösseren und inzwischen stärker industrialisierten Spanien aufgetan, wo Franco endgültig im Juli die Monarchie als Nachfolge-Regime nach seinem Abtreten einsetzte. Seit Jahren gärt es in Spanien schon unter Studenten und Arbeitern, neuerdings auch unter katholischen Priestern. Es brauchte nicht zu überraschen, wenn demnächst eine Neuauflage des spanischen Bürgerkrieges kommt, sollte das Übergangsregime nach Franco dem Druck zur Freiheit, Demokratie und radikalen Sozialreformen nicht nachgeben.

Einem überhitzten Kessel gleicht 1969 mehr denn je als zuvor der gesamte lateinamerikanische Kontinent.

Lateinamerika Das Hauptereignis des Jahres war wohl das Bekanntwerden der Massenmorde an den Indios in Brasilien. Der junge und noch expandierende Kapitalismus beging und begeht hier unter staatlichem Deckmantel Verbrechen, die sich mit denen in der Frühzeit des Kapitalismus in Europa und Nordamerika, aber auch gegenwärtig in Vietnam vergleichen lassen. Die elende Lage der armen Indios auf dem Land in den Andenstaaten, des riesigen Proletariats und Subproletariats in den grossen Städten, der krasse Reichtum einer dünnen herrschenden Klasse, die ihre Machtpositionen mit *allen* Mitteln verteidigt, schreit hier mehr als sonst geradezu nach einer tiefgreifenden Revolution. Während die Amerikaner alle Diktaturen auf dem Kontinent, und seien sie noch so kriminell, wie in Paraguay, in Haiti, der Dominikanischen Republik und Brasilien, unterstützen, mussten sie aber auch erste Einbussen hinnehmen. Castros Kuba, das trotz allen Blockademassnahmen und dank sowjetischer Hilfe einigermassen über die Runden kommt, ist jedoch zu wirkungsvoll ein-

gedämmt, um jetzt noch auf absehbare Zeit seine revolutionäre Sprengkraft zu erweisen. Durch die Hintertür gleichsam hat sich aber – nach Peru – nun auch in Bolivien ein nationalrevolutionäres Militärregime etabliert, das sich offenbar daran macht, das zu tun, was eine castristische Revolutionsregierung getan hätte – Enteignung ausländischer Grossfirmen, des Grossgrundbesitzes und Einleitung einer radikalen Bodenreform. Ob sich hier eine eigene Variante von südamerikanischem Sozialismus entwickelt oder ob die jungen nationalrevolutionären Offiziere nur dem Fidelismus den Weg bahnen, bleibt noch abzuwarten. Jedenfalls können die USA gerade hier erwarten, dass, wenn sie zu Hause anderweitig beschäftigt sind, der ganze Kontinent ihnen ins Gesicht explodieren wird, wie der törichte und provokative Besuch Rockefellers in verschiedenen lateinamerikanischen Ländern schon handgreiflich bewies. Die USA können dann auch nicht mehr ihrer traditionellen europäischen Verbündeten so sicher sein, denn auch in Süd- und Westeuropa ist die revolutionäre Krise 1969 weiter gediehen. Auch hier demonstrierte die herrschende Klasse in manchmal geradezu peinlicher Weise ihre Unfähigkeit, mit den anstehenden Problemen im eigenen Land fertig zu werden, geschweige denn sinnvolle Initiativen, zum Beispiel in den Entwicklungsländern, zu entfalten. Die griechische Militärdiktatur wird, je härter sie die Schrauben anzieht, um so sicherer scheitern. Der Abgang de Gaulles nach dem von ihm selbst provozierten Referendum als Nachwirkung des Mai 1968 legte die eigentlichen sozialen und politischen Probleme Frankreichs bloss. Sein Nachfolger Pompidou wird es im härteren sozialen Klima schwer haben, seine bestenfalls liberal-konservative Linie durchzuhalten.

In England hat die Labour Party unter Wilson demütigende Niederlagen hinnehmen müssen. Sie wird sich vielleicht bei den nächsten Wahlen nur noch deshalb einigermaßen über die Runden retten können, weil die diskreditierten Konservativen noch weniger anzubieten haben. Dazu platzte 1969 die alte Eiterbeule Nordirland, wo die Katholiken notorisch benachteiligt wurden. Das katholische und das protestantische Proletariat wurden gegeneinander gehetzt wie Kampfhähne in der Arena. Hier wenigstens hat das sozialistische England, um noch grösseren Schaden zu vermeiden, nach langem Zögern einigermaßen energisch durchgegriffen, offenbar noch nicht genug zur endgültigen Sanierung.

In Italien befinden sich Staat, politische Parteien und Gesellschaft im offenen Zersetzungsprozess, den vermutlich nur noch tiefgreifende Reformen durch eine Koalitionsregierung mit den Kommunisten aufhalten könnten. Aber selbst das wird schon fraglich, weil sich die KPI in ihrem Anpassungsprozess so weit von ihrer revolutionären Ausgangsbasis entfernte, dass inzwischen neue Linksgruppen die sozialrevolutionäre Entwicklung weitertreiben – gegen die «sozialdemokratisch» gewordene KPI.

Oasen der politischen Stabilität Oasen der politischen Stabilität sind – neben Australien, Neuseeland, Kanada, der Schweiz und Österreich – vor allem die skandinavischen

Länder. Stabilität auf ihre Weise haben natürlich auch die kommunistischen Länder aufzuweisen, von der CSSR abgesehen, wo sich die «Normalisierung» auf Moskaus Befehl planmässig vollzieht.

Eine der – wenigen – relativ erfreulichen Entwicklungen hat ausgerechnet Deutschland aufzuweisen. Eingeleitet durch die Wahl Gustav Heinemanns zum neuen Bundespräsidenten am 5. März in Berlin, wirkte sich im Bundestagswahlkampf und bei den Wahlen selbst erstmals die seit Jahren sich intensivierende Demokratisierung und Politisierung der jungen Generation der Bundesrepublik positiv aus: Die CDU/CSU behielt zwar noch die relative Mehrheit, zusammen mit der NPD sogar noch die knappe absolute Mehrheit, aber SPD und die nach links erneuerte FDP errangen im Bundestag eine knappe Mehrheit und stellen die neue Bundesregierung, begleitet von vielen Hoffnungen des demokratischen Elements in der Bundesrepublik. Die Regierung Brandt-Scheel hat zwar einige positive Ansätze gezeigt, wie die Unterzeichnung des Atomwaffensperrvertrages und die Eröffnung des Dialogs mit Moskau und Warschau, aber in einer zentralen Frage hat sie sich bisher gesperrt und dem Druck ihres rechten Flügels (Helmut Schmidt, Georg Leber) gebeugt: Die Amnestie für Demonstrationstätter wurde zunächst auf die lange Bank geschoben. Auch sprach die neue Regierung von den zwei deutschen Staaten, die existieren, aber zu einem klaren Angebot der Anerkennung der Oder-Neisse-Grenze wie der DDR hat sie sich noch nicht durchgerungen. Sollte sich das «Kabinett der Reformen» nur als eine ordinäre Status-quo-Regierung mit liberalen Einsprengseln erweisen, so hätte die Enttäuschung gerade unter der jungen Generation, die der neuen Regierung zur Macht verhalf, vielleicht schon revolutionäre Konsequenzen.

Alle diese Querelen um Grenzen und Anerkennung verlieren ihre Bedeutung, wenn man sich die *eine* grosse Gefahr bewusst macht, auf die die Menschheit erst gegen Ende des Jahres 1969 in grösserem Ausmass aufmerksam gemacht wurde: Die Gefahr der Selbstvergiftung der Erde durch die Chemie, durch Abgase und Abwässer – die ökologische Katastrophe, also der Zusammenbruch des lebensnotwendigen Gleichgewichts der Elemente in der Luft, im Wasser und im Erdboden. Neben der Bevölkerungsexplosion in den unterentwickelten Ländern liegt hier die eigentliche Aufgabe der Menschheit, soll es in absehbarer Zeit noch eine menschenwürdige Existenz für die gegenwärtige Zahl von Menschen geben. Alle die kleinlichen Differenzen, die in diesem wenig erfreulichen Jahresüberblick skizziert wurden, müssten dahinter zurückstehen. Die Ausgaben für den Vietnamkrieg und die Weltraumfahrt sollten sofort und intensiv für die rasche Sanierung unseres todkranken Erdballs eingesetzt werden. Wichtiger als der Flug zum Mond ist das Problem, Luft, Wasser und Erde reinzuhalten oder wieder reinzumachen. Die rasche und umfassende Abrüstung *aller* Waffenarten ist 1969 dringlicher, lebensnotwendiger denn je geworden. Sie ist keine pazifistische Utopie einiger «Friedensschwärmer» mehr, sondern die unumgängliche Minimalbasis zur Erhaltung der Menschheit. Selbst wenn es keinen 3. Weltkrieg gibt, kann die Menschheit an ihrem Müll, ihren Abgasen und Abwässern ersticken. Hier könnten die 400 000 Mann

des Apollo-Projektes und die entsprechende Zahl sowjetischer Techniker sinnvoller eingesetzt werden. Viel Zeit ist gar nicht mehr zu verlieren, wenn wir den Warnungen von Experten Glauben schenken dürfen. Vielleicht könnte die Raumfahrt insoweit helfen, dass sie ABC-Waffen, die ohne Schaden für die Gesamtheit nicht unschädlich zu machen sind, oder überhaupt die giftigsten, nuklearen und chemischen Rückstände, zu kosmischen Müllablageplätzen befördert, falls Astronomen, Astrophysiker und Astrochemiker mit einiger Gewissheit sagen können, dass die Erde eines Tages nicht doch wieder von ihnen verseucht würde.

Wie auch immer: Eile ist geboten. Die Menschheit kann sich anachronistisches Fingerhakeln mit blutigem Ausgang nicht mehr leisten. Die verschiedenen politischen und sozialen Konflikte auf Erden müssten ehestens bereinigt werden, am besten durch jeweils unbeteiligte vermittelnde Dritte, um alle Kräfte auf die Bewältigung der ökologischen Gefahren zu konzentrieren. Dazu wären jedoch tiefgreifende, das heisst revolutionäre, Veränderungen der ökonomischen, sozialen und politischen Strukturen, vor allem im «freien Westen» und in den von ihm zumindest indirekt noch kontrollierten Entwicklungsländern, unumgänglich, die die herrschende Klasse des Westens, vor allem die in den USA, aber nicht zulassen wird. So gleicht die Menschheit einem D-Zug, dessen Führer sich eine Bande von Wahnwitzigen und Verbrechern bemächtigt hat und zur Erhöhung des schon rasenden Tempos zwingt, obwohl jeder weiss, dass in einiger Entfernung alle Brücken bereits abgebrochen sind. Und die ganz Wahnwitzigen schmieden schon Pläne, um nach der fälligen Katastrophe auf ein anderes Gefährt umzusteigen – auf ein Weltraumschiff.

Immanuel Geiss